Nummer 427

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang. Donnerstag, 11. September 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, „Welt und Wissen", Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", Illustrierte Wochenbeilage, Literarisch-künstlerische Beilage „Für den Salon" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Rongiewitz, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12spaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat September 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Die Amnestie für die Ruhrgefangenen.

EE Paris, 10. September.

Wie wir zuverlässig erfahren, hat der bekannte Verteidiger der deutschen Ruhrgefangenen, Dr. Grimm, der augenblicklich in Paris weilt, bei der französischen Regierung dagegen protestiert, daß immer noch die angesagte Amnestie für die Ruhrgefangenen nicht durchgeführt sei und das Kriegsgericht in Dortmund nach wie vor mit Urteilen gegen die Deutschen vorgehe.

Im Auftrage der Reichsregierung hat außerdem heute der deutsche Botschaftsrat Kiereb auf dem Quai d'Orsay vorgesprochen, um in derselben Angelegenheit zu protestieren. Namens der französischen Regierung hat Peretti della Rocca erklärt, daß Herriots Standpunkt sich vollkommen mit dem Londoner Abkommen decke und daß alle im Londoner Protokoll vorgesehenen Maßnahmen zur Durchführung (?) gelangen würden. Ueber die Mission des Rechtsanwalts Dr. Grimm erklärte man auf der deutschen Botschaft, sich nicht äußern zu können.

TU Dortmund, 10. September.

Auf Grund einer Verfügung des kommandierenden Generals der Rheinarmee sind heute die ersten politischen Gefangenen entlassen worden. Die übrigen Gefangenen sehen in den nächsten Tagen ihrer Entlassung entgegen. Diese erfolgt von Fall zu Fall nach Prüfung der Akten. Nach Angabe des Besatzungsamtes sind drei (!) politische Gefangene und sechs (!) wegen strafbarer Handlungen Verurteilte entlassen worden. Bei den letzteren konnte nicht festgestellt werden, ob es sich tatsächlich um eine Begnadigung handelt oder aber die Strafe mit dem heutigen Tage verbüßt war.

Die Entlassung der übrigen politischen Gefangenen wird in höchstens drei bis vier Tagen erwartet.

Abzug der Franzosen aus Oberhausen.

Oberhausen, 10. September.

Seit dem gestrigen Tage beginnen die französischen Truppen mit dem Abtransport von Material und Ausrüstungsgegenständen. Wie der Kommandant der Besatzungstruppen der Stadtverwaltung mitteilte, wird der Abzug der Truppen am 16. September beendet sein.

Die Koblenzer Verhandlungen.

Koblenz, 10. September.

Gestern trat die deutsche Delegation mit der Rheinlandkommission wieder in Verbindung, um die Verhandlungen, die drei Tage geruht hatten, wieder aufzunehmen. In den einzelnen deutschen Unterausschüssen und in einer gemeinsamen Delegationssitzung wurde über die Amnestie, die Rückkehr der Ausgewiesenen und über Zollfragen verhandelt. Gleichzeitig tagte auch der für Forstfragen eingesetzte Ausschuß. Nach den bisherigen Verhandlungen wird in Kürze über die Rückkehr der Ausgewiesenen eine Entscheidung erfolgen. In den Verhandlungen über die Personen, die im Rhein- und Ruhrgebiet als Beamte tätig waren und deren Indienststellung von der deutschen Behörde gewünscht wird, ist noch kein abschließendes Urteil erzielt worden. Heute vormittag wurden die Verhandlungen wegen der Indienststellung der Beamten wieder aufgenommen; man rechnet damit, in den nächsten Tagen eine Einigung erzielen zu können.

Koblenz, 10. September.

Eine Verfügung der Interalliierten Rheinlandkommission über Zurücknahme eines Teiles der Ausweisungen und zwar von vorläufig 1200 steht bevor. Desgleichen ist die Anordnung getroffen worden, daß ungefähr 500 bis 600 Beamte sofort ihr Amt wieder aufnehmen können.

Die Verhandlungen über die Zurücknahme der übrigen Ausweisungen und die Amtszulassung der weiteren Beamten werden fortgesetzt.

Die Aufhebung der Zollstationen.

Mtb Hamm, 10. September.

Um Mitternacht ist heute die Aufhebung folgender sogen. inneren Zollämter an der östlichen Zollgrenze ohne besondere Formalitäten erfolgt: Aplerbeck, Vorhalle, Herdecke, Hattingen, Witten-West, Lünen-Kanal, Lünen-Süd, Lünen-Nord, Hörde-Bahnhof, Oberaving, Dortmunderfeld. Die französischen Beamten werden noch einige Tage bis zur Abwicklung der schwebenden Angelegenheiten in den Bureaus der aufgehobenen Zollämter verbleiben. Die französischen Hauptzollbureaus bleiben voraussichtlich bis zum 14. Oktober bestehen. Die sogen. inneren Zollämter Dortmund-Stadt, Dortmund-Ost, Dortmund-Hauptbahnhof, Dortmund-Hafen, Dortmund-Südbahnhof, Witten-Nord, Bochum-Stadt, Bochum-Nord, Wanne, Herne, Recklinghausen-Stadt und Recklinghausen-Bahnhof sind bestehen geblieben und erheben Zölle nach französischen Sätzen bis zum 20. September.

Deutschland und der Völkerbund.

Der englische Druck auf eine Teilnahme Deutschlands an den Völkerbundsverhandlungen.

Genf, 10. September.

In der dritten Kommission der Völkerbundsversammlung (Rüstungsfragen) wurde heute die allgemeine Aussprache über die Resolution Herriot-Macdonald fortgesetzt.

Lord Parmoor kam hierbei in längerer Rede auch auf das Untersuchungsrecht des Völkerbundes in Bulgarien, Oesterreich, Ungarn und Deutschland und den Abrüstungsplan im allgemeinen zu sprechen, wobei er folgendes sagte: Ich bin der Ansicht, daß ein Abrüstungsplan in der Art des von uns ins Auge gefaßten unvollständig wäre, wenn Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes ist. Durch seine Aufnahme in den Völkerbund würde Deutschland allen in dem Abrüstungsplan und dem Pakt vorgesehenen Verpflichtungen unterworfen: Schiedsverfahren, Sicherheit und Abrüstung. Es würde auch die Vorteile der anderen Vertragsmächte genießen. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, daß Deutschland im Laufe dieser Tagung bei der Ausarbeitung des Abkommens mitwirken kann, aber ich betone, daß die englische Regierung jeden Vorschlag auf sofortige Aufnahme Deutschlands, wie ihn der britische Premierminister gemacht hat, in jeder Weise unterstützen wird. Wenn die Zeit gekommen sein wird, was jetzt noch nicht der Fall ist, so wird die britische Regierung einen besonderen Antrag der dritten Kommission unterbreiten.

Der französische Delegierte

Paul Boncourt

suchte vor allem den Nachweis zu führen, daß abgesehen von dem tief eingreifenden Schiedsgerichtsplan, das Garantiepaktprojekt immer noch zur Debatte stehe. Der Völkerbundpakt sei zweifellos das Grundgesetz für alle Mitglieder, aber wie jedes Gesetz müsse es durch Ausführungsbestimmungen ergänzt werden und eine derartige Aufgabe erfülle eben der vorgesehene Garantiepakt. Der Grundgedanke der französischen Delegation bei allen Abänderungen des Garantiepaktes sei, daß das Schiedsverfahren und die Sicherheit untrennbar voneinander sind und der Abrüstungsplan vorangehen müsse.

Die Welt erwartet daher, daß demjenigen, der im Recht ist, die gesamten Machtmittel aller anderen zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhange erklärte sich Boncourt mit Lord Parmoor darin einig, daß die Sicherheit erst vollständig sein wird, und der Völkerbund erst wirksam handeln kann, wenn alle Nationen, Deutschland einbegriffen, beteiligt sind, um ein gemeinsames Verfahren auszuarbeiten. Im übrigen trete er für die Sonderabkommen ein, die aber nicht an die alten Bündnisse erinnern dürfen, für eine Abstufung der Sanktionen derart, daß bestimmte Mächte sich an den militärischen Sanktionen, andere nur an den wirtschaftlichen Sanktionen zu beteiligen hätten; andere Staaten wieder würden für die Sicherheit der Meere und der Seetransporte sorgen müssen. Er hoffe, daß bei diesen Grundzügen meistens ein provisorischer Text aus den Beratungen hervorgehen könne.

EP Genf, 10. September.

In einer Unterredung, die Lord Parmoor heute abend den Pressevertretern gewährte, ließen seine Angaben entnehmen, daß er heute nachmittag in der dritten Kommission nicht habe sagen wollen, er werde einen Vorschlag für die Aufnahme Deutschlands unterbreiten, wie seine Worte allgemein verstanden worden waren, sondern daß er einen Vorschlag zur Frage der Sicherheit und der Abrüstung zu gegebener Zeit unterbreiten werde. Dabei handelt es sich wahrscheinlich um den schon vor längerer Zeit angekündigten Plan, den, wie es s. Zt. hieß, Macdonald dem Völkerbund vorlegen wollte und den er in seiner kürzlichen Rede zur allgemeinen Ueberraschung nicht einmal erwähnt hat. Man ist nun sehr gespannt darauf, den Inhalt dieses englischen Vorschlags von Lord Parmoor zu erfahren. Bezüglich der Aufnahme Deutschlands erwiderte Lord Parmoor auf eine Frage aus den Kreisen der Journalisten, daß es keine andere Möglichkeit gebe, als daß Deutschland einen Antrag auf Aufnahme stellt.

Hymans gegen Graf Apponyi.

Genf, 10. September.

In der heutigen Debatte der Völkerbundsversammlung über den Ratsbericht verlangte plötzlich der Ratspräsident Hymans das Wort, um in sehr scharfen Wendungen die gestrigen Ausführungen des ungarischen Delegierten Grafen Apponyi über den ungenügenden Minderheitenschutz durch den Völkerbundsrat zurückzuweisen. Hymans erklärte, daß, wenn die Befürchtungen noch die Kritik, die Apponyi ausgesprochen habe, berechtigt seien, rechtfertigte dann ausführlich das Verfahren, das der Völkerbundsrat bei Entgegennahme und Behandlung von Minderheitenbeschwerden angewendet habe, und stellte fest, daß, wenn der Rat für die Durchführung der Minderheitenverträge sorgen wolle, er selbst nicht von diesen Verträgen abweichen dürfe und sich im übrigen ausdrücklich auf Beschlüsse der Völkerbundsversammlung berufen könne. Trotz des guten Willens, sagte er zum Schluß, sei es nicht immer möglich, anders als mit größter Vorsicht vorzugehen, da die Frage eine äußerst heikle sei angesichts der nationalen Forderungen der Minderheiten einerseits, der ständigen Sorge der Regierungen, daß ihre Souveränität angetastet werden könnte, andererseits. Die Ausführungen Hymans' wurden auf vielen Bänken des Hauses, vor allem bei den Delegationen der Kleinen Entente, (!) mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In der heutigen Vormittagssitzung der Völkerbundsversammlung wurde die Aussprache über den Ratsbericht beendet. Das Wort ergriffen, abgesehen von der Begrüßungsansprache Mottas an Seipel und den Erklärungen Hymans' über die Minderheitenfrage, über die bereits berichtet wurde, die Vertreter Bulgariens, Chinas, Polens, Albaniens, Griechenlands, Hollands und Columbiens. Der bulgarische Delegierte Kalfoff begrüßte die Bemühungen, die auf Verallgemeinerung des Schiedsverfahrens und Abrüstung hinzielen, betonte, daß Bulgarien über die Grenze des für die innere Ordnung notwendigen Mindestmaßes hinaus abgerüstet habe, und regte schließlich in der Minderheitenfrage an, die Einrichtung der gemischten Kommissionen in der Art der erfolgreich arbeitenden griechisch-bulgarischen Kommissionen auszubauen. Auch Tang Tsai Fou (China) begrüßte den Ausbau des Schiedsverfahrens um so mehr, als China die Klausel über das obligatorische Schiedsgericht unterzeichnet habe. Skrzynski (Polen) begrüßte es, daß Reden wie die von Hymans die Minderheitenfrage in ihrem wahren Licht darstellen und hoffentlich eine falsche Auslegung der Minderheitenverträge in Zukunft unmöglich machen werden; denn die Minderheitenverträge dürfen nicht als Explosivstoffe für die Intriguen fremder Nationalitäten (!) dienen. Dem Minderheitenschutz stehe die territoriale Souveränität des Staates zur Seite. Skrzynski teilte ferner mit, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen nach dem Schiedsspruch von Kaeckenbeef mit dem Abschluß eines Abkommens geendet hätten, daß vor dem 31. 12. 1924 ratifiziert werden solle. Er erwähnte weiter die Einrichtung von gemischten Kommissionen in Polen, die der deutschen Minderheit die Beleidigung an der Regelung von sie direkt betreffenden Fragen erlauben, sowie die Einrichtung einer ukrainischen Universität in Krakau und sprach schließlich die Hoffnung aus, daß die polnischen Minderheiten, die außerhalb des polnischen Staates leben, ähnliche Rechte (?) erhielten wie die Minderheiten in Polen. Politis (Griechenland) äußerte sich im wesentlichen zu dem Abschnitt des Ratsberichts über die Regelung des Korfu-Zwischenfalls durch den seinerzeit eingesetzten Juristenausschuß.

Coolidges „beschränkte" Abrüstungskonferenz.

Gegen eine Abrüstung der Landheere.

EP Washington, 10. September.

Eine dem Präsidenten Coolidge nahestehende Persönlichkeit hat heute im Namen des Präsidenten eine Erklärung über die Stellungnahme der Regierung zur Abrüstungsfrage veröffentlicht. Die Persönlichkeit erklärte, daß die Abrüstung zu Lande ein besonders europäisches und nicht ein amerikanisches Problem sei. Präsident Coolidge beabsichtigte **lediglich in Washington eine Konferenz für die Beschränkung der Unterseeboote, der Flugzeuge und der giftigen Gase einzuberufen.** Wenn aber Europa der Ansicht sei, daß die Abrüstung zu Lande gegenwärtig dringender sei als die genannten Fragen, so könne Amerika sich Europa nicht aufdrängen. Wenn Europa nicht nach Washington kommen werde, werde Washington Europa den Rücken zukehren. Die amerikanische Regierung stehe dem Schiedsgerichtsverfahren sympathisch gegenüber. Sie glaube, daß dieses Verfahren imstande sein werde, einen Konflikt unter den Nationen zu schlichten.

EP New-York, 10. September.

General Pershing, der am nächsten Freitag in die Reservearmee eintritt, hat heute im Regierungsklub in Washington eine Rede gehalten, worin er das Land vor einer unvollständigen Kriegsbereitschaft warnt. Man dürfe nicht glauben, daß der pazifistische Geist genüge, um Kriege zu verhindern. Amerika müsse in Zukunft vorsichtiger und mißtrauischer sein als es in der Vergangenheit war. Diese Vorsicht und dieses Mißtrauen dürften aber nicht als Militarismus ausgelegt werden. Ein vernünftiges Militärprogramm müsse aber im Interesse der Sicherheit unterstützt werden.

TU London, 10. September.

Wie die „Morning Post" meldet, hat sich der Präsident der Vereinigten Staaten Coolidge sehr skeptisch gegen die Schiedsgerichtsthese Macdonalds ausgesprochen und ihre praktische Anwendungsmöglichkeit bezweifelt.

Zollschutz der Landwirtschaft.

Von

Wilhelm Schmidthals

Mitglied des Reichswirtschaftsrates.

Die Frage des Schutzes der landwirtschaftlichen Produktion durch Zölle wird mehr und mehr in den politischen Kampf gezerrt als Streit- und Agitationsobjekt von Parteien und Interessentengruppen. Das ist zu bedauern. Diese Frage kann nur in einem der Volkswirtschaft dienenden Sinne gelöst werden, wenn sie objektiv, nüchtern und sachlich geprüft wird.

Zur Beurteilung der Frage ist es zunächst erforderlich, festzustellen, inwieweit die Produktion an Brotgetreide im Inland den Bedarf für die Ernährung des Volkes deckt, ob diese Produktion steigerungsfähig ist, und in welchem Verhältnis diese Steigerungsfähigkeit zur wachsenden Zahl des Volkes steht.

Im Durchschnitt der Jahre 1909—1913 betrug die reine Einfuhr an Brotgetreide und Mehl, abzüglich der Ausfuhr, 12 Millionen Doppelzentner pro Jahr bei einer Brotgetreideernte von ca. 150 Millionen Doppelzentner pro Jahr, die Einfuhr betrug also ca. 8 Prozent der Inlandernte. Der Ernteertrag von Roggen war im Durchschnitt der Jahre 1881—1885 9,8 Doppelzentner pro Hektar und stieg auf 17 Doppelzentner pro Hektar im Durchschnitt der Jahre 1906—1910, also um 73 Prozent, beim Weizen betrug die Steigerung 57 Prozent. Die Volkszahl stieg von 45 Millionen im Jahr 1886 auf 64 Millionen im Jahr 1910, also um 43 Prozent. Die Produktion an Brotgetreide stieg also vor dem Krieg jährlich stark an und diese Steigerung vollzog sich in einem schnelleren Prozentsatz als die jährliche Zunahme der Bevölkerung. Die Möglichkeit der weiteren Entwicklung dieser Steigerung der Produktion besteht noch heute, ja in verstärktem Maße infolge der reichlicheren Mengen an Stickstoffdünger, die der Landwirtschaft im Inland zur Verfügung stehen. Die günstige Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion hat sich vor dem Kriege unter einem starken Zollschutz vollzogen.

Während des Krieges war die deutsche Wirtschaft vom Ausland abgeschlossen, in der Nachkriegszeit wirkte die Geldentwertung ähnlich abschließend. Wir waren gezwungen, aus der Inlandsproduktion das letzte herauszuholen und selbst den Morgen Land anzubauen, bei dem der Zentner Roggen mit den höchsten Unkosten produziert wurde. Die Folge war eine Ausdehnung des Anbaues und eine Intensivierung der Wirtschaft; diese letztere konnte allerdings aus Mangel an Arbeitskräften und Dünger erst nach dem Kriege einsetzen, hat aber bewirkt, daß die Kriegsschäden der Landwirtschaft verhältnismäßig schnell überwunden wurden.

Unsere Lage ist heute nicht anders. Infolge der Forderungen der Mächte, die den Weltkrieg gewonnen haben, haben wir, um frei zu werden, Leistungen zu tätigen aus den Ueberschüssen unserer Volkswirtschaft. Diese Leistungen sind nur denkbar bei einer aktiven Handelsbilanz. Um eine solche zu erreichen, müssen wir schon unsere Ausfuhr zu steigern und unsere Ausfuhr zu steigern und unsere Einfuhr zu verringern suchen, keinesfalls darf die Ausfuhr zurückgehen und die Einfuhr steigen. Mit einer Steigerung der Ausfuhr allein werden wir das, was wir zu leisten haben, nicht leisten können. Unsere Industrie müßte, um das zu erfüllen, in einer nicht denkbaren Weise entwickelt werden, sie würde außerdem dabei auf den schärfsten Widerstand des Auslandes stoßen. Wir müssen auch den anderen Weg zu gehen versuchen, eine Verringerung der Einfuhr erstreben. Eine solche Verringerung der Einfuhr ist zu erreichen durch eine Intensivierung der Landwirtschaft. Daß eine solche möglich ist, beweist die Entwicklung vor dem Krieg; sie ist heute in bedeutend stärkerem Maße möglich als damals wegen der günstigeren Lage auf dem Düngermarkt und der fortgeschrittenen Er-